



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

Resolution zur DNR-Mitgliederversammlung am 29. November 2019

Für Biodiversität und Bauernhöfe: Die Zeit, den Umbau der Agrarpolitik anzugehen, ist jetzt!

Es ist offensichtlich: Die Landwirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Seit Jahren ist die Art und Weise, wie 50 Prozent der Fläche Deutschlands bewirtschaftet und Tiere gehalten werden, Gegenstand heftiger Debatten. Die Landwirtinnen und Landwirte protestieren für mehr Wertschätzung, aber zunehmend auch gegen Auflagen zum Schutz von Insekten und Grundwasser. Demgegenüber fordern Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürger in Volksbegehren genau dies von der Politik ein.

Unbestritten ist auch, dass die Landwirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen steht. Seit Jahren setzt sich das Arten- und Höfesterben ungebremst fort. Hochwertige Lebensmittel und Tiere werden als Billigware verramscht und weggeworfen. Immer neue Studien belegen den alarmierenden Rückgang von Insekten und Vögeln und den Zusammenhang zur landwirtschaftlichen Nutzung.

Das zeigt: Eine Politik, die auf maximale Intensivierung und Exportorientierung setzt, verfehlt die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist nicht zukunftsfähig. Eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Agrarpolitik ist ebenso überfällig wie unausweichlich.

Die Zeit, den Umbau der Landwirtschaft und Agrarpolitik anzugehen, ist jetzt. Tragfähige Reformschritte können nur im Dialog mit allen Beteiligten diskutiert, gefunden und vereinbart werden. Als Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen sind wir bereit, gemeinsam einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu erarbeiten und zu gestalten.

Zum Schutz unserer Ökosysteme und der Artenvielfalt halten wir folgende Reformschritte auf nationaler und europäischer Ebene für besonders notwendig:

Aktionsprogramm Insektenschutz umsetzen: Die Koalitionsfraktionen stehen gemäß Koalitionsvertrag im Wort, die Lebensbedingungen für Insekten noch in dieser Legislaturperiode deutlich und nachhaltig zu verbessern. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen müssen daher ohne Abstriche und zeitnah rechtsverbindlich umgesetzt werden. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur reduzierten Ausbringung von chemisch-synthetischen Pestiziden in Schutzgebieten, die verbindliche Festlegung von Mindestabständen zu Gewässern sowie der verbesserte gesetzliche Schutz für artenreiches Grünland oder Streuobstwiesen.

Ambitionierte Ackerbaustrategie vorlegen: Ebenfalls im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass die Bundesregierung in einer Ackerbaustrategie Maßnahmen vorlegen will, um den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden im Ackerbau nachhaltig zu reduzieren bzw. deren Anwendungen umwelt- und naturverträglicher zu gestalten. Allerdings bleibt zum derzeitigen Zeitpunkt völlig offen, wie das erreicht werden soll, da bereits erteilte Auflagen zum Schutz der Biodiversität und des Grundwassers für rechtlich nicht zulässig erklärt wurden. Die Bundesregierung ist daher gefordert, in der Strategie Vorgaben zu liefern, wie die angestrebten

Ziele zur Pestizidreduktion verbindlich und rechtssicher erreicht werden können. Das gilt insbesondere für die Anwendung der Insekten besonders schädigenden Insektizide, die in zunehmenden Umfang ausgebracht werden. Darüber hinaus muss die Strategie ambitionierte Vorgaben und Maßnahmen enthalten, um den Schutz von Böden, Wasser und Insekten im Ackerbau sicherzustellen und durch vielfältige Fruchtfolgen sowie Strukturelementen wie Hecken und Feldraine eine verbesserte Vernetzung von Lebensräumen zu erreichen.

Nitrat-Überschüsse reduzieren - Düngerecht reformieren: Vor 25 Jahren wurde die EU-Nitratrichtlinie zum Schutz von Gewässern und Grundwasser vor Nitrat-Überschüssen beschlossen. Da eine rechtskonforme Umsetzung in das deutsche Düngerecht bis heute aussteht, drohen Deutschland Strafzahlungen in Höhe von bis zu 858.000 Euro pro Tag. Dass die Landwirtschaft die hohen Nitrat-Überschüsse maßgeblich verursacht, ist klar belegt, da zu hohe Nitratwerte vor allem in Gebieten intensiv genutzter landwirtschaftlicher Flächen und mit hohem Tierbesatz zu finden sind. Die Folgen für den Naturhaushalt reichen weit über die Nährstoffüberbelastung von Grundwasser und Gewässern hinaus. Sie belasten Böden, sensible Ökosysteme wie z.B. Moore, Wälder oder artenreiches Grünland und tragen so zum Verlust von Artenvielfalt und Lebensräumen bei.

Der entscheidende Hebel, um den Verlust von biologischer Vielfalt zu stoppen, liegt in der laufenden **Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP)**. 58 Milliarden Euro stehen jährlich bereit, um Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen. 72 Prozent davon, in Deutschland knapp 5 Milliarden Euro, werden nahezu pauschal per Gießkanne für die Nutzung landwirtschaftlicher Fläche ausgezahlt.

Die Bundesregierung hat es in der Hand, jetzt für eine zukunftsfähige und naturverträgliche Landwirtschaft in Europa zu sorgen. Mit gesetzlichen Mindeststandards, damit die Landwirtschaft flächendeckend nachhaltig wird. Und mit Steuergeldern, die endlich so eingesetzt werden, dass Biodiversitätsziele erreicht werden und bevorzugt den Betrieben zugutekommen, die klima- und umweltfreundlich produzieren wollen. Das ist fair für Landwirtinnen und Landwirte sowie Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – und baut Brücken, anstatt Gräben zu vertiefen. **Für Biodiversität und Bauernhöfe.**